

Wirtschaftsförderung im Herzogtum Württemberg zur Mitte des 18. Jahrhunderts

Udo Vullhorst



Dipl.-Staatswissenschaftler Dr. Udo Vullhorst ist Referent im Referat „Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa“ des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg.

Wie ist Baden-Württemberg wirtschaftlich das geworden, was es ist? Weit davon entfernt, eine Kausalkette über mehrere Jahrhunderte konstruieren zu wollen, ist es doch aufschlussreich, ein Dokument aus dem 18. Jahrhundert näher zu betrachten, das ein interessantes Licht auf die Anfänge der Industrialisierung im Südwesten wirft. Deutlich wird die herausgehobene Bedeutung, die der sich konsolidierende landesfürstlich-absolutistische Staat bei der Wirtschaftsförderung spielt, und zwar nicht „nur“ durch Setzung rechtlicher Rahmenbedingungen, als Planer oder Impulsgeber, sondern auch über unternehmerisch tätige Beamte. Einer dieser Beamten war der Sulzer Oberamtmann *Johann Friedrich Müller*, der seine Ansichten und Einsichten schriftlich dargelegt hat. Müller thematisiert die Bedeutung der Verfügbarkeit von Vorleistungsgütern, der Infrastruktur und Standortfaktoren, des relevanten Absatzmarktes und des Arbeitskräftepotenzials für die erfolgreiche Etablierung eines Industriebetriebes. Dass Müllers Überlegungen sich auch praktisch bewährten, bewies er durch eigene unternehmerische Tätigkeit in einer Baumwollmanufaktur in Sulz am Neckar.

Politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hintergrund

Die Mitte des 18. Jahrhunderts war allgemein durch das Bestreben der Landesherren gekennzeichnet, ihre Macht auf Kosten der Landstände und des Kaisers auszubauen. Das Herzogtum Württemberg war eine der größeren und geografisch vergleichsweise geschlossenen Landesherrschaften seiner Zeit (*Abbildung 1*). Der Geist des Absolutismus wehte auch in der Epoche *Karl Eugens von Württemberg* (1728-1793). Eine dem französischen Vorbild nacheifernde Hofhaltung und der Unterhalt eines stehenden Heeres erforderte entsprechende Einnahmen. Insofern bedurfte es neben einer breiteren Steuerbasis, die über die in der Landwirtschaft erzeugte Wertschöpfung hinausging, auch einer Rationalisierung der Verwaltung. Diese manifestierte sich in der Einteilung in Amtsbezirke, denen ernannte und absetzbare Beamte vorstanden. Dank dieser Reform wirkte die ter-

ritoriale Herrschaft unmittelbarer als noch im Zeitalter des Feudalismus.¹ Konkrete Schritte, die merkantilistisch-wirtschaftlichen Ziele zu befördern, wurden weniger „dem Markt“ überlassen, obwohl man der Steuerung durch Anreize, beispielsweise durch Gewährung von Privilegien oder Vorschüsse, durchaus Raum gegeben hat. So wurde schon 1709 von *Herzog Eberhard Ludwig* zur „Verbesserung unserer Landes-Oeconomie“ ein Kommerzienrat (später neuorganisiert und als Kommerziendeputation bezeichnet) ins Leben gerufen, der zur „Vermehrung allerhand Trafiquen, Manufacturen und Handlungen“ beitragen sollte, „damit das Geld nicht ausser Landes geführt werden möge“.²

Anstoß für den Beginn der Industrialisierung gab nicht ausschließlich der Finanzbedarf der Fürsten. Hinzu kam auch eine prekäre demografische Situation: Der Dreißigjährige Krieg hatte weite Landstriche Deutschlands verwüstet und zum Teil sehr stark entvölkert. Der Südwesten war besonders betroffen. So soll sich der Bevölkerungsrückgang im Herzogtum Württemberg zwischen 1634 und 1655 auf 57 % belaufen haben, wobei die Spannweite des Schwundes in den 64 württembergischen Ämtern mit 31 % bis 77 % angegeben wird.³ Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nahm die Bevölkerungszahl jedoch stark zu (1697: 284 000, 1750: 467 100 Einwohner), ohne dass die Wirtschaft – das heißt zur damaligen Zeit natürlich in erster Linie die Landwirtschaft – ausreichend Verdienstmöglichkeiten geboten hätte. Die Folge war der starke zahlenmäßige Anstieg besitzloser Schichten, die bestenfalls auf Tagelohn hoffen konnten, eher aber noch auf Betteln oder auch bandenmäßige Kriminalität angewiesen waren, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Der demografische Druck war so groß, dass in den 1750er-Jahren 22 000 Menschen auswanderten, immerhin so viel wie Stuttgart um diese Zeit Einwohner hatte.⁴

Johann Friedrich Müller – ein Beamter als Unternehmer

Vor diesem Hintergrund hat der Sulzer Oberamtmann *Johann Friedrich Müller* (1718-1780)

1 Grube, Walter (1960): Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands, S. 10 ff.

2 Reyscher, August Ludwig (Hg., 1842): Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. XIII, S. 870 ff.

3 von Hippel, Wolfgang (1978): Bevölkerung und Wirtschaft im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges. Das Beispiel Württembergs, in: Zeitschrift für Historische Forschung, Bd. 5, S. 413-448, hier S. 437.

4 Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg (Hg., 1995): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 2, Die Territorien im Alten Reich, S. 140.

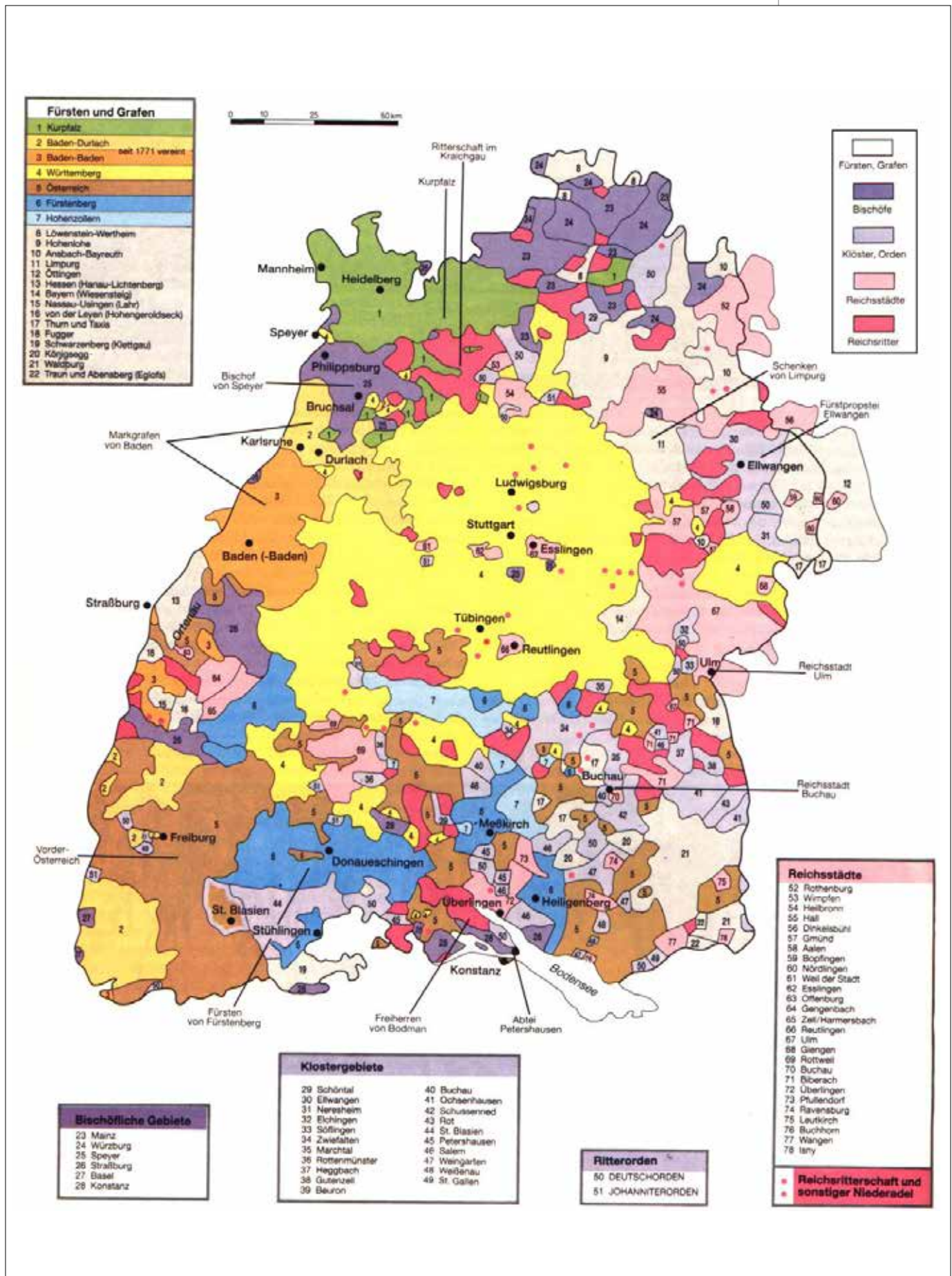


Abbildung 1: Der Südwesten Deutschlands am Ausgang des 18. Jahrhunderts

Nach: Burkhardt, Hermann et al. (1988); Baden-Württemberg. Eine Heimat- und Landeskunde, www.pantel-web.de/bw_mirror/history/bw316.htm (Abruf: 2. April 2015).

als Repräsentant der herzoglichen Landesherrschaft im Jahr 1762 anonym eine Schrift verfasst, in der er darlegt, wie aus seiner Sicht das Los der Armen und, um einen heutigen Begriff zu verwenden, der Armutsgefährdeten zu lindern sei.⁵ Müllers zu Papier gebrachte „Zufällige Gedanken“ sind dabei nicht nur von philanthropischen Motiven geleitet, wenn er schreibt, dass die zu gründenden Manufakturen „zusammen wenigstens zehntausend Menschen ernähren könnten, die, ohne dergleichen Anstalten, dem Staat größtentheils nicht nur allein nichts nützen; sondern auf mancherley Art noch schaden, allezeit aber demselben beschwerlich und zur Last fallen würden“ [15]⁶. Bei allem sozialpolitischen Impetus geht es Müller letztlich also auch um die Konsolidierung der herzoglichen Herrschaft, wie schon aus dem Titel einer weiteren Schrift deutlich wird, die Müller im Jahr 1764 verfasste: „Abhandlung von Verbesserung des Nahrungsstandes und Vermehrung der Landesherrlichen Einkünfte durch Manufakturen und Fabriken“ (Abbildung 2). Hier schildert er auch ausführlicher, warum die Arbeitsbeschaffung für arbeitsfähige Arme eine dringliche staatliche Aufgabe sei: „Der Müßiggang ist die erste und wichtigste Hinderniß eines gesegneten Nahrungsstandes, und bei nahe das gröste Uebel in einem Staat“ [7].⁷

Johann Friedrich Müller hat sich seinem Gegenstand keineswegs nur abstrakt genähert, sondern war mit der „Baumwollen-Manufactur zu Sulz am Neckar“, in der er als Teilhaber engagiert war, unternehmerisch tätig. Auf den wirtschaftlichen Erfolg der Manufaktur verweist er nicht ohne Stolz in seiner Schrift von 1762 an verschiedenen Stellen [12, 16]. Müller war weniger mit der kaufmännischen Seite der Unternehmensführung befasst, sein Engagement war eher „strategisch“. So unterstützte er ein Gesuch um Befreiung von Zoll und Akzise (eine Art Umsatzsteuer), dem schließlich für die Dauer von 6 Jahren nachgekommen wurde.⁸ Es ist ferner bekannt, dass er beispielsweise den Ausbau der Betriebsstätte gegen diverse Widerstände durchsetzte.⁹ Im Jahr 1758, 4 Jahre nach ihrer Gründung, waren hier bereits 300 bis 400 Personen tätig.¹⁰

In einer Zeit, in der Wertschöpfung weit überwiegend in der Landwirtschaft erzielt wurde, sieht Müller kaum Perspektiven für den primären Sektor, die steigende Anzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung in Lohn und Brot zu bringen. Zur „Erhaltung und Vermehrung des Reichthums eines Staates“ setzt er auf Industrialisierung: „Die Manufacturen und Fabriken sind es fast noch alleine, wodurch ein so heilsamer Endzwek, auf eine leichte, niemand beleidigende, und folglich ganz unschuldige Art,

erhalten wird“. Dass sich der Wandel zur Industriegesellschaft mit seinen (globalen) sozialen und ökologischen Verwerfungen letztlich nicht so unschuldig vollzogen hat, konnte Müller kaum voraussehen. Ganz der merkantilistischen Denkweise verhaftet, gilt es für ihn, „den beständigen Umlauf des einheimischen Geldes zu befördern, dessen öfters Strohmweissen schädlichen Ausfluß zu verhindern, und so den nützlichen Eingang des fremden zu bewürken“. Wobei damals – anders als mitunter heutzutage – weder übersehen wurde, dass die Exporte eines Landes die Importe eines anderen Landes sein müssen, noch welche Konflikte daraus erwachsen können.

„Bey Gründung einer Manufactur den rechten Plaz wählen“ – die Standortfaktoren

Müller erkennt dabei nicht die Rolle, die landesspezifische Standortfaktoren spielen, wie zum Beispiel das Arbeitskräftepotential, Ausstattung mit Rohstoffen oder auch Transportkosten. Für das Herzogtum Württemberg konstatiert er „viele tausend schwache Personen, Weiber, Kinder, Bettler, freiwillige und gezwungene Müßiggänger, und überhaupt solche Leute, die zu schwerer Arbeit untüchtig sind“.¹¹ „Metall-Stahl-Eisen und dergleichen Fabriken“ scheinen Müller nicht geeignet, da sie seiner Einschätzung nach „lauter starke Leute, und vieles Holz erfordern“. Zudem seien „einige tausend Weber, von denen kaum die Helfte genug Arbeit hat, in denen Herzoglichen Landen befindlich; so folget von selbst, daß diejenigen Manufacturen, deren Grund das Spinnen und Weben ist, die erste und grösste Aufmerksamkeit (...) verdienen“ [11]. Müller kommt zu dem Schluss, dass „Baumwollen-Manufacturen (...) die vorzüglichste Achtung verdienen sollten, und das, obwohl die Natur dieses Gewächs dem teutschen Boden versagt hat“ [14]. Der Geldabfluss ins Ausland durch den notwendigen Import der Baumwolle, so lässt sich daraus implizit schließen, wird also nach Müllers Einschätzung bei Weitem durch die Wertschöpfung der Manufakturen und Fabriken aus inländischem Verkauf und Export kompensiert.

Bei der Gründung sollte man sich von 15 Grundsätze(n) leiten lassen, „nach denen auch ich, und zwar mit sehr gutem Erfolg, zu Werk gegangen bin“. Von diesen widmet sich Müller dem ersten bei Weitem am ausführlichsten: „Man muß, bey Gründung einer Manufactur, den rechten Plaz dazu zu wählen wissen“ [17]. Hierunter fallen bei Müller nicht nur die räumliche Nähe zu Vorleistungsgütern oder der Zugang zu Transportwegen, sondern auch weitere Aspekte. Zunächst solle die Wertschöpfungs-

- 5 Müller, Johann Friedrich (1762): Zufällige Gedanken von Anlegung mehrerer Manufacturen und Fabriken in denen Herzoglich-Württembergischen Landen; Nebst einem Anhang wie hiebey auch dürftigen Personen mittlern Standes Nahrung und Unterhalt zu verschaffen.
- 6 Zahlen in eckigen Klammern geben die Seite in Müllers jeweiliger Schrift (1762) an.
- 7 Die Arbeitsethik, die aus diesen Passagen spricht, findet sich in den ersten beiden von vier Funktionen, die bereits Thomas von Aquin einige Jahrhunderte zuvor der Arbeit zuspricht: Zuerst und vornehmlich, um Nahrung zu erlangen (ad victum quaerendum) und zweitens, um dem Müßiggang entgegenzuwirken, aus dem vielfältige Übel entstehen (ad tollendum otium, ex quo multa mala oriuntur, STh II-II q.187 a.3).
- 8 Liebelt, Helen P. (1970): Der Beamte als Unternehmertyp in den Anfängen der Industrialisierung. Johann Friedrich Müller und die Staats- und Wirtschaftsreformen Württembergs 1750-1780, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, S. 221-260, hier S. 231.
- 9 Krauter, Gerhard (1951): Die Manufakturen im Herzogtum Württemberg und ihre Förderung durch die württembergische Regierung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, S. 123 ff.
- 10 Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein (Hg., 1907): Herzog Karl Eugen von Württemberg und seine Zeit, S. 350.
- 11 Nichtdiskriminierendes Sprachhandeln hatte sich im 18. Jahrhundert noch nicht überall durchgesetzt.



Abbildung 2: Titel der Erstausgaben von Johann Friedrich Müllers Schriften von 1752 und 1764.

kette räumlich möglichst konzentriert sein. Möglicherweise hatte *Müller* neben der nahe liegenden Einsparung von Transportkosten, die damals ein relativ größere Bedeutung gehabt haben dürften als heute, auch einen Wissensaustausch im Sinn, was aber letztlich offen bleiben muss. Ferner müssen ausreichend Arbeitskräfte vorhanden sein, und diesbezügliche Konkurrenz zur Landwirtschaft soll vermieden werden. Dem heute sogenannten primären Sektor räumt *Müller* tatsächlich den Primat ein – der gewaltige, Arbeitskräfte freisetzende Produktivitätssprung durch die Technisierung der Landwirtschaft, der das 20. Jahrhundert begleitete, war noch nicht absehbar.

„Geschikte Leute muß man beyzubehalten wissen“ – der Arbeitsmarkt

Bei aller sozialpolitischer Motivation, „den dürftigen Persohnen“ einen Lebensunterhalt zu verschaffen, ist *Müller* insofern ganz Unternehmer, als er in Löhnen in erster Linie den

Kostenfaktor sieht, der den „wohlfaillen Preis der Waar hindern“ [20] würde. Insofern müsse darauf geachtet werden, dass am potenziellen Standort das Preis- und Lohnniveau niedrig sei, „damit die Arbeiter nicht allzustark belohnet werden“ [21]. Andererseits betont er, „daß man geschikte Leute beyzubehalten (...) keine Kosten ansehen müsse“ [28].

Müller erkennt auch, dass die „Work-life-balance“ für Fachkräfte des 18. Jahrhunderts bereits eine Rolle gespielt haben muss. „Orte, wo allzugrosser Pracht und Freyheiten herrschen, sind eben so ungeschickt zu Anlegung neuer Manufacturen, als diejenigen, wo eine allzugrosse Stille, Eingezogenheit, Einfalt, und Grobheit der Sitten die Oberhand haben. An jenen werden fremde Künstler¹² und Arbeiter allzuhofärtig, wollüstig, und dadurch in der Hauptsache faul und verlegen; diese hingegen fliehen sie entweder gänzlich, oder halten sich wenigstens nicht lange daselbst auf“ [21f.]. Hier den rechten Weg zu finden, ist für *Müller* von großer Bedeutung.

12 „Künstler“ werden durchaus von Handwerkern unterschieden, insofern dürfte die Übertragung „qualifizierte Fachkraft“ noch zu kurz greifen, wie aus einem zeitgenössischen Nachschlagewerk hervorgeht: „Kunst ist also auch machina artificialis (...). Dann setzt man das Wort Kunst vornen an die Namen der Meister, die sie treiben, und von der gemeinen Arbeit oder Stümperey unterscheiden“ (*Frisch, Johann Leonard* [1741]; Teutsch-Lateinisches Wörter-Buch).

Ein weiteres Problem, mit dem er sich auseinanderzusetzen hatte, mutet ebenfalls erstaunlich modern an, nämlich „daß man, bei Gründung der Manufacturen und Fabriken fremde Künstler und Arbeiter nicht wohl entbehren könne“ [25] – Fachkräftemangel im Jahr 1762 mit Zuwanderung als Lösung, wobei *Müller* durchaus die Schwierigkeiten für eine erfolgreiche Integration sieht. Denn in der Zuwanderung sieht er zwar eine Notwendigkeit, an der aber „sich der grosse Hauffe mannigfaltig zu stossen pfllegt, und denen Fremden das Stük Brod mißgönnet, welches doch die Einheimischen anfangs nicht selbst verdienen können“. Ziel müsse es jedoch sein, „daß man Landeskinder häufig nachziehe“ [26].

Weitere „wirkliche Vorschriften der Klugheit“

Die Standortfaktoren und das Arbeitskräftepotential stehen eindeutig im Mittelpunkt von *Müllers* Überlegungen. *Müller* streift aber auch andere Aspekte, wie die relevante Marktgröße. So solle man darauf achten, „daß man nicht allzuvielle Manufacturen von einer Art in einem Land anlegen müsse“ [22]. Diejenigen Manufacturen aber – und dies ist wieder ein „Standortargument“ –, „die aus einerley Grunde gehen, sollten nicht allzunahe beysammen angesiedelt sein“ [23]. Die den Baumwollmanufacturen vorgelagerten Stufen der Wertschöpfung, wie die „Wollen-Spinnerey und Weberey“ [23], fanden im näheren Umkreis statt. *Müller* befürchtet hier eine Konkurrenz um Vorprodukte, die „Schaden und Nachtheil“ bringen könnte [23].

Der angemessenen Ausstattung mit Sachkapital misst *Müller* zwar eine besondere Bedeutung bei und macht deutlich, dass es „bey Gründung einer Fabrik an denen Haupt-Erfordernissen niemahlen fehlen (darf), worunter das Geld nicht die geringste ist“ [26]. Dennoch führt er diesen Punkt nicht weiter aus. Ebenso lapidar wird der Absatz der produzierten Güter abgehandelt: „Man muß bey Zeiten um den Verschluß der Waar besorgt sein“ [18]. Um diesen zu befördern, gibt er den bemerkenswerten Rat, „daß man anfangs bloß auf Schönheit und Güte der Waar, alsdann aber erst auf den Nutzen sehen müsse“ [27]. Ein weiterer Rat

lautet, „daß man sich im Anfange vor der Erfindungs-Kunst hüten müsse. (...) Man thut bey Gründung oder Anlegung einer Manufactur sehr wohl, wenn man andre berühmte Manufacturen nur bestmöglich nachzuahmen trachtet“ [24].

Müllers Zufällige Gedanken – nicht alles ist von gestern

Die Frühzeit der Industrialisierung im deutschen Südwesten wurde wesentlich von staatlicher Seite vorangetrieben und gefördert. Fiskalische und sozialpolitische Motive gingen dabei durchaus Hand in Hand. Die Schriften *Johann Friedrich Müllers* sind beredte Zeugnisse der damaligen merkantilistischen Vorstellungen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge. Die Vorstellung einer „unsichtbaren Hand“, die die Wirtschaft wohl ordnet, sofern man die Marktkräfte sich entfalten lässt, ist *Müller* noch fremd. Diese Denkschule bricht sich erst mit *Adam Smith* langsam Bahn, dessen einflussreiches Hauptwerk nur ein gutes Vierteljahrhundert nach *Müllers* Zufälligen Gedanken veröffentlicht wurde. In der Folgezeit wurde der Merkantilismus in Theorie und Praxis durch den Laissez-faire-Liberalismus abgelöst.

Der Glaube daran, dass unregulierte freie Märkte unter allen Umständen gesellschaftlich wünschenswerte Ergebnisse liefern, blieb im Lauf der folgenden Jahrhunderte bis zum heutigen Tag jedoch auch nicht unwidersprochen. Und so ist es bemerkenswert, dass *Johann Friedrich Müllers* Abhandlung „Zufällige Gedanken von Anlegung mehrerer Manufacturen und Fabriken“ aus dem Jahr 1762 neben Argumentationen, die dem heutigen Leser fremd vorkommen, auch solche enthält, deren Aktualität mitunter verblüfft. ■

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Udo Vullhorst, Telefon 0711/123-23 69,
Udo.Vullhorst@mfw.bwl.de